Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5106**

16. Wahlperiode 25. 04. 2007

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Kerstin Müller (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Renate Künast, Fritz Kuhn, Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Die neue Einheitsregierung in Palästina unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Formierung einer Regierung der nationalen Einheit in den palästinensischen Autonomiegebieten. Nach Monaten der Unruhe und zuletzt offenen Gewalt zwischen Kämpfern der Fatah und der Hamas ist damit ein Mindestmaß an innerer Stabilität erreicht worden. Das kommt nicht nur den Palästinensern zugute, sondern ist letztlich auch eine Chance für Israel, wenn es gelingt, die islamistische Hamas dauerhaft auf einen politischen Prozess und einen Gewaltverzicht zu verpflichten. Die von Präsident Mahmud Abbas ernannte neue Regierung der nationalen Einheit mit Premierminister Ismail Haniya umfasst Mitglieder der Hamas, der Fatah, mehrerer kleinerer Parteien sowie Unabhängige. Sie ist nach schwierigen Verhandlungen auf Grundlage der von Saudi-Arabien vermittelten Mekka-Vereinbarung entstanden.

Wir erwarten von der neuen Regierung, die Waffenruhe einzuhalten, den andauernden Beschuss Israels mit Qassam-Raketen aus dem Gaza-Streifen zu unterbinden und aktive Schritte zur unverzüglichen Freilassung des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit zu unternehmen. Dafür muss ein Zerbrechen der fragilen Vereinbarung und ein Rückfall in gewaltsame Konfrontationen verhindert werden. Die EU muss deshalb die neue Regierung nach Kräften dabei unterstützen, transparent und verantwortlich zu agieren. Ein aufzunehmender Dialog muss in Schritten zur vollen Wiederaufnahme der internationalen Zahlungen führen, wenn der Gewaltverzicht eingehalten wird und der israelische Soldat im Rahmen eines Gefangenenaustausches freikommt.

Die Grundsatzerklärung der neuen Regierung kann dafür als Grundlage dienen. Sie widerspiegelt, wie stets in den EU-Erklärungen gefordert wurde (sog. reflecting the Quartet principles), die drei Quartettbedingungen – auch wenn diese nicht in Gänze erfüllt wurden. Das Regierungsprogramm der Einheitsregierung bleibt mit dem Begriff „Respektierung" der von der PLO abgeschlossenen Verträge und damit der Zweistaatenlösung eindeutig hinter den Quartettbedingungen zurück. Dennoch ist dies ein indirekter Schritt zur Anerkennung des Existenzrechtes Israels durch die Hamas, weitere Schritte müssen folgen. Diesen Prozess gilt es zu befördern. Deshalb muss die neue – demokratisch legitimierte – palästinensische Regierung unterstützt werden, auch wenn die Voraussetzungen für eine formale Anerkennung noch nicht erfüllt sind.

Der internationale Boykott gegen die Hamas-Regierung seit ihrem Regierungsantritt vor einem Jahr hat die politischen und sozio-ökonomischen Strukturen in den palästinensischen Gebieten dramatisch verschlechtert. Erwerbslosigkeit und Armut sind stark angestiegen. In Gaza erhalten nach Angaben des World Food Program mittlerweile 80 Prozent der Bevölkerung Nahrungsmittelhilfen. Der temporäre Finanzierungsmechanismus (TIM) konnte nur kurzfristig Nothilfe leisten, diesen Verfall aber nicht stoppen. Er kann langfristig eine Erodierung der Strukturen und Intransparenz nicht verhindern.

Politische Reformen der letzten Jahre, die nicht zuletzt die EU angestoßen hat – darunter die institutionelle Stärkung des Premierministers, der Ministerien und des Parlaments – wurden zurückgedreht. Anstatt das erhoffte Ende der gewählten Hamas-Regierung zu bewirken, ist auch als Folge des Boykotts eine intransparente Ersatzfinanzierung durch andere islamische Staaten auf den Plan getreten. Besorgniserregend ist dabei der Einflussgewinn Irans, welcher eine Zweistaatenlösung ablehnt.

Die schrittweise Wiederaufnahme der internationalen Hilfszahlungen würde dagegen jetzt dazu beitragen, die gemäßigten palästinensischen Kräfte zu stärken. Um die negativen Folgen des Boykotts zu beheben, muss massiv in den Bereich Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung investiert werden. Für die schrittweise Wiederaufnahme der Zahlungen existiert mit der Wiedereinsetzung von Salam Fayyad, der bereits von 2002 bis 2005 Finanzminister war, ein vertrauenswürdiger Partner, der für Transparenz steht.

Die Bundesregierung hat angekündigt, die EU-Ratspräsidentschaft für eine Wiederbelebung des Nahostfriedensprozesses und Fortschritte in der regionalen Stabilisierung zu nutzen. Dies ist nicht zuletzt Bedingung für einen Erfolg des UNIFIL-Einsatzes im Libanon, an dem sich Deutschland mit Marineverbänden beteiligt. Die Anforderungen an die EU, bei den Friedensbemühungen aktiver zu werden, sind durch diesen Einsatz gerade auch angesichts der zurückhaltenden Rolle der USA gewachsen.

Eine bloße Wiederbelebung des Quartetts, wie bisher geschehen, reicht daher nicht. Die EU muss konkrete Fortschritte anstreben und den beschworenen „politischen Horizont" mit konkreten Inhalten füllen: Dazu sollte das Quartett sich auch mit den drängenden politischen Fragen Libanons und Syriens beschäftigen und regionale Vermittlungsbemühungen aktiv unterstützen. Ein Sonderbeauftragter des Quartetts in Nachfolge des ehemaligen Beauftragten James Wolfensohns sollte den diplomatischen Spielraum vergrößern.

Zentraler Ansprechpartner für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses zwischen Israelis und Palästinensern ist weiterhin Präsident Mahmud Abbas als Chef der PLO, der bei seinen Bemühungen unterstützt werden muss. Die arabische Friedensinitiative von 2002, die zuletzt vom israelischen Premierminister Ehud Olmert grundsätzlich positiv gewürdigt wurde und indirekt Teil des palästinensischen Regierungsprogramms (Respektierung der Beschlüsse der Arabischen Liga) ist, sollte von der EU ebenfalls unterstützt werden und kann als Grundlage für zukünftige Verhandlungen dienen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, während ihrer EU-Ratspräsidentschaft,

1. sich aktiv und eindeutig in der EU für einen pragmatischen Dialog mit der neuen Regierung der nationalen Einheit einzusetzen;
2. für ein Ende des intransparenten temporären Finanzierungsmechanismus (TIM) und eine an die weitere Leistung der Einheitsregierung geknüpfte abgestufte Wiederaufnahme der Zahlungen durch die internationale Gemeinschaft einzutreten sowie weitere Finanzmittel bereitzustellen, um die zuletzt entstandenen Schäden an den politischen und sozio-ökonomischen Strukturen in Palästina zu beheben;

3. gleichzeitig an die neue Regierung und insbesondere die Hamas-Mitglieder im Kabinett eindeutige Erwartungen zu formulieren hinsichtlich:
   - der Respektierung der internationalen Verträge der PLO
   - der Einhaltung des gegenseitigen Waffenstillstands
   - der Freilassung des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit im Rahmen eines Gefangenenaustausches
   - Reformen des Justiz- und Sicherheitssektors
   - einer vollständigen Anerkennung des Existenzrechtes Israels;
4. der Aufforderung der EU-Präsidentschaft vom 17. März 2007 Nachdruck zu verleihen, die Israel auffordert, die einbehaltenen Zoll- und Steuereinnahmen freizugeben, sowie die in Israel inhaftierten Minister und Parlamentarier unverzüglich freizulassen und die Grenzübergänge in Gaza entsprechend des Agreements on Movement and Access von 2005 zu öffnen;
5. die politischen Reformvorhaben der neuen Regierung aktiv zu unterstützen, um zu Effizienz und Transparenz beizutragen;
6. konkrete Initiativen zu weiteren Projekten und Hilfsmaßnahmen im Bereich Rechtsstaatlichkeit/Reform des Justiz- und Sicherheitssektors über die existierenden Missionen EU-BAM und EU-COPPS hinaus anzuregen;
7. auf eine weitere pragmatische Entwicklung der politischen Haltung und Handlungen der Hamas-Bewegung Einfluss zu nehmen, moderate Stimmen und Akteure zu unterstützen und deutliche Anforderungen hinsichtlich der Einhaltung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Standards zu formulieren;
8. gegenüber den Partnern im Quartett, insbesondere den USA, deutlich zu machen, dass bei Aufrechterhaltung des Finanzboykotts ein weiterer sozioökonomischer Verfall in den palästinensischen Gebieten droht und die Transparenz und Stabilität der neuen Regierung gefährdet sind;
9. Vermittlungen zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite zu ermöglichen und zu intensivieren mit dem Ziel, Gespräche über die Frage des Endstatus zu beleben;
10. im Quartett auf die Wiederbelebung regionaler Friedensbemühungen durch konkrete Schritte zu drängen, z. B. die Ernennung eines Quartettbeauftragten, die Ausweitung der regionalen Kompetenzen des Quartetts, und Perspektiven für eine regionale Friedenskonferenz zu prüfen.

Berlin, den 25. April 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333